

AKTUELLE CHRONIK

Die vorliegende Chronik des Instituts für Asienkunde ist aus den Erfahrungen der letzten Hefte des Asien Forums entstanden und stellt einen weiteren Versuch dar, sich einer endgültigen Form der Chronik anzunähern. Zwei wesentliche Veränderungen fallen zunächst ins Auge: Die Chronik ist einmal ausführlicher geworden, zum anderen ist eine Regionen- und Ländergliederung eingeführt worden, die dazu dienen soll, den Leser ohne Umweg über die ihn interessierenden Gebiete Asiens zu informieren. Mit der Einführung der Länder-Gliederung soll die Gefahr umgangen werden, zu viele Gemeinsamkeiten zwischen einzelnen Ländern zu sehen. Ergeben sich hingegen mehr oder weniger zwingend Bezugspunkte, wie beispielsweise bei der Asienreise von Papst Paul VI., so soll darauf unter der Regionen-Überschrift Bezug genommen werden. Diese Form der Gliederung dient gleichzeitig zur Abgrenzung gegenüber den Bereichen „Berichte“ und „Analysen“, die eher geeignet sind, detaillierte Zusammenhänge aufzuzeigen und auch zu belegen, hingegen aber eine Menge an chronologischen Fakten oft wegen der engen Themenstellung oder ihrer geringen Zusammengehörigkeit weglassen müssen. In diesem Sinne soll die aktuelle Chronik den Inhalt des Heftes ergänzen und aktualisieren.

Asien allgemein

Am 25. 11. 1970 begann Papst Paul VI. seine 10tägige Asienreise, die ihn nach Zwischenlandungen in Teheran und Dacca zu einem dreitägigen Aufenthalt auf den Philippinen führte. Weitere Stationen der Reise waren die Samoa-Inseln, Sydney, Djakarta, Hongkong und Colombo. Während seines etwa dreistündigen Aufenthaltes in Hongkong wandte sich Paul VI. auch an die 700 Millionen Chinesen in der **Volksrepublik China**, sprach von seiner Zuneigung gegenüber den Chinesen, dem kirchlichen Interesse an China und dem Respekt vor der chinesischen Kultur. Diese vorsichtigen Äußerungen, die frei von politischen Untertönen waren und somit weder die Engländer noch die Taiwan-Chinesen in Verlegenheit bringen konnten, wurden als Geste gedeutet, mit der ein Kontakt zwischen dem Vatikan und Peking hergestellt werden sollte. Obwohl von Papst Paul VI. viele Themen berührt wurden, blieb die Frage der Geburtenkontrolle im stark bevölkerten Asien unerwähnt.

Am 29. Dezember ging in Karachi die von 23 Ländern beschickte Außenministerkonferenz moslemischer Staaten zu Ende. Die Konferenz, deren langfristiges Ziel die Intensivierung der Zusammenarbeit der islamischen Staaten zwischen Casablanca und Djakarta ist, fand zunächst als einigendes Element kaum mehr als die Frontstellung gegen Israel. Die Kashmir-Frage wurde offiziell nicht diskutiert. Der frühere Premierminister Malaysias, Tunku Abdul Rahman, wurde zum ersten Generalsekretär des neuen Islamischen Sekretariats gewählt, das seinen Sitz in Dschidda haben wird. Die Errichtung einer Internationalen Moslemischen Bank für Handel und Entwicklung sowie einer Internationalen Moslemischen Nachrichtenagentur sind geplant.

Auf der Commonwealth-Konferenz im Januar in **Singapore**, wo 31 Staaten als Vollmitglieder und 6 assoziierte Staaten vertreten waren, standen die Waffenlieferungen Englands an Südafrika im Mittelpunkt und wurden fast zur Zerreißprobe für die Gemeinschaft. Als wichtigstes Argument für die Waffenlieferungen führte Englands Premierminister Heath an, die sowjetische Expansion bedrohe die Seestraßen im westlichen Teil des Indischen Ozeans. Dies führte zur Einsetzung einer aus 8 Ländern (Australien, England, Canada, Indien, Jamaica, Kenya, Malaysia und Nigeria) bestehenden Kommission, die Fragen der Sicherheit im Indischen Ozean studieren soll. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß die englische Regierung im Januar ihre Absicht bekanntgab, den in diesem Jahr auslaufenden Beistandspakt mit Malaysia durch ein Abkommen zwischen Australien, England, Neuseeland, Malaysia und Singapore zu ersetzen.

Für verschiedene Länder Asiens wurde auf projektierte Stahlwerke aufmerksam gemacht. Danach ist ein Stahlwerk in **West-Pakistan** geplant, für das die UdSSR Unterstützung zugesagt hat. Die Rohstoffbasis ist hier jedoch ungenügend. **Indien** plant drei neue Stahlwerke im Süden des Landes (Andhra Pradesh, Mysore und Tamilnad). Für die Standorte scheint es gute politische, wirtschaftliche und technische Gründe zu geben. Bemerkenswert ist, daß man in Indien offenbar der Ansicht ist, bereits über genügend technisches Wissen zu verfügen, und daß man hauptsächlich Anlagegüterkredite braucht. Nach dem Plan des thailändischen Industriellen Y. K. Chow soll in Singapore ein Hochofenwerk und in **Thailand** das dazugehörige Walzwerk errichtet werden. In **Singapore** wurde erst kürzlich ein Werk für Stahlverarbeitung eingeweiht, das für Werft- und Bauindustrie Bleche und Bandstahl produziert, die vorher aus Japan importiert wurden. In **Taiwan** soll nach jahrelanger Diskussion jetzt ein Kaltwalzwerk gebaut werden, an dem sich eine australische Firma beteiligen will. Das in **Südkoreas** Hafenstadt Pohang entstehende integrierte Stahlwerk soll 1973 fertig werden.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß in **Singapore** mit australischer Unterstützung ein „Southeast Asia Iron and Steel Institute“ entstehen soll. Taiwan, Indonesien, die Philippinen, Malaysia, Singapore und Thailand werden Vollmitglieder, Japan und Australien unterstützende Mitglieder sein.

Südasien

Der am 31. Oktober 1970 abgelaufene Vertrag über Transitrechte und Handel zwischen **Indien** und **Nepal** war Ende Februar immer noch nicht erneuert worden. Die Nepali wollen zwei getrennte Verträge: einen über bilateralen Handel mit Indien und einen weiteren über Transitvereinbarungen für Nepals Überseehandel. Darüber hinaus möchte Nepal in Calcutta ein Freihafenareal unter eigener Kontrolle und Transitrechte in Rathikapur, der wichtigen Eisenbahnstation für den Landhandel mit Ost-Pakistan, erreichen. In der von Indien vorgeschlagenen Art des Vertragsabschlusses sah Nepal seine wirtschaftliche Entscheidungsfreiheit eingeschränkt. Indien wendet sich gegen die nepalischen Vorschläge, da es befürchtet, daß ohne indische Kontrollmöglichkeit die Waren während des Transits durch Indien verkauft oder umgeleitet werden könnten.

Während Indien bereit war, alle lebenswichtigen Güter auch im vertraglosen Zustand nach Nepal zu exportieren und verschiedene Waren in Nepal einzukaufen,

führte ein zweitägiges Stocken des Handels zwischen beiden Ländern Anfang Januar zu einem Verbot für Beamte des Singha Durbar, ihre Wagen zu benutzen. Die Begründung hierfür – Treibstoffmangel – war nach der Versorgungslage offensichtlich nicht gerechtfertigt. Nach einem Absinken des Handels wurden inzwischen weitere Sparmaßnahmen eingeleitet. Gespräche mit China und Pakistan über einen Ausweg scheinen bisher ohne Erfolg zu sein. Auch mit Nord-Korea wurden Handelsgespräche aufgenommen. Schließlich will man Reis statt nach Indien nach Tibet exportieren.

Aufgrund eines Darlehens der Asian Development Bank von 4 Millionen US-\$ will Nepal seinen Juteanbau und die Juteverarbeitung verbessern. Ein weiteres Darlehen von 2,4 Millionen US-\$ soll der Beschaffung von 380 Traktoren und 1160 Bewässerungspumpen dienen.

In **Azad Kashmir**, dem pakistanischen Teil des Landes, gewann Sardar Abdul Qayyum mit seiner „Moslem Conference“ 10 von 25 Parlamentssitzen und wurde damit am 31. Oktober Präsident des Landes. Das Ziel des neuen Präsidenten, der bereits im August 1947 in dem bewaffneten Aufstand gegen den Maharadscha von Kashmir eine führende Rolle spielte, scheint auf eine „Befreiung“ des indischen Teiles von Kashmir ausgerichtet zu sein.

Trotz der verheerenden Flutkatastrophe vom 13. November fanden am 7. Dezember 1970 die allgemeinen Wahlen in **Ost-Pakistan** statt. Das Ergebnis brachte einen überragenden Wahlerfolg (absolute Mehrheit) für Sheikh Mujibur Rahman und seine „Awami League“. Dies ist als ein Erfolg der Bestrebungen nach größerer Selbstständigkeit gegenüber der Zentralregierung in West-Pakistan zu werten, der vorgeworfen wird, den östlichen Landesteil insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet zu benachteiligen. Sollte Sheikh Mujibur in die Lage kommen, seine Pläne in Ost-Pakistan durchzuführen, so würde die Zentralregierung im Osten des Landes bis auf Verteidigungs- und auswärtige Angelegenheiten ihren Einfluß verlieren. Dieser Einfluß war bisher insbesondere durch die hauptsächlich aus West-Pakistani bestehende Armee und die Verwaltung gegeben. Auch ist zu vermuten, daß Sheikh Mujibur ein besseres Verhältnis mit dem indischen Nachbarn anstreben wird, was u. a. dem Handel zwischen beiden Nachbarn zugute kommen würde.

Zunächst können die gewählten Kandidaten – das gilt auch für West-Pakistan – nur innerhalb einer verfassunggebenden Versammlung wirken, die in 120 Tagen eine Verfassung ausgearbeitet haben soll. Hier verfügt Sheikh Mujibur über die Mehrheit der Abgeordneten. Erst wenn die Verfassung von Präsident Yahya Khan gebilligt ist, wird die Versammlung souverän. Der Gegenspieler von Sheikh Mujibur ist Zulfikar Ali Bhutto, der frühere Außenminister Pakistans, der als Sieger aus den Wahlen im Westen des Landes hervorging. Für beide gilt es, sich über die entstehende Verfassung zu einigen, da vermutet wird, daß Präsident Yahya Khan seine Zustimmung nur geben wird, wenn die neue Verfassung allgemein akzeptiert wird. Noch sind beide Gegenspieler, gebunden durch ihre Wahlversprechen, in wichtigen Punkten unterschiedlicher Meinung. Wiederholt tauchte die Frage auf, ob nicht die ersten allgemeinen Wahlen in der 23jährigen Geschichte Pakistans, die in beiden Landesteilen eindeutige Sieger hervorgebracht haben, das Entstehen zweier getrennter Staaten einleiten. Die Einberufung der verfassunggebenden Versammlung ist inzwischen von Yahya Khan aus politischen Gründen verschoben worden. Bhutto hatte es abgelehnt, am 3. März in Dacca zu erscheinen. Er provozierte damit in

Ost-Bengalen gefährliche Unruhen und Streik. Am 26. März rief Sheikh Mujibur dann die Unabhängigkeit Ostpakistans aus. Daraufhin verbot Präsident Yahya Khan die „Awanu League“ und setzte Militär gegen die Anhänger Sheikh Mujiburs ein.

Zu den Stagnationserscheinungen in der Wirtschaft Pakistans Anfang November und den wirtschaftlichen Folgen der Flutkatastrophe im Osten kam die Unsicherheit im Bereich der Banken und der Industrie über die Nationalisierungspläne, die Mujibur wie Bhutto vor den Wahlen kundgetan hatten. Die durch einen Rückgang der Unterstützung durch westliche Länder und eine Verminderung der Exporterlöse gesunkenen Devisenreserven und Gerüchte um eine Abwertung der Rupie wirkten sich ungünstig aus. Der Internationale Währungsfonds mußte um einen Stand-by-Kredit gebeten werden. Die Möglichkeit des Entstehens zweier Staaten hat die Geberländer der Entwicklungshilfe zurückhaltender werden lassen. Präsident Yahya Khan versucht, wichtige Entscheidungen für die neue Regierung aufzuschieben. Andererseits wollen die möglichen neuen Regierungschefs ungern mit unpopulären Maßnahmen beginnen wie z. B. einer Abwertung. Inzwischen sind die Importbeschränkungen verstärkt und Steuern erhöht worden. Die Staatsbank hat Kreditrestriktionen erlassen und in nur 14 Tagen 720 Millionen Rupien an neuen Noten ausgegeben, was den inflationären Druck auf die Preise verstärkt.

Eine gute Chance für den Handel, in jedem Falle aber Ausdruck für die guten Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und Pakistan, ist die Fertigstellung des Karakorum Highway, der die Provinz Sinkiang mit dem nördlichen West-Pakistan verbindet. Die Straße soll zweispurig und für Lastwagen befahrbar sein.

Zu erwähnen bleibt, daß die Asian Development Bank ein Darlehen von 6,73 Millionen US-\$ zur Verbesserung des Fischereiwesens an Pakistan gegeben hat. Die International Development Association gewährte einen Kredit von 25 Millionen US-\$ für die Behebung der Flutschäden.

Zu Spannungen zwischen **Indien und Pakistan** kam es durch die Entführung eines Verkehrsflugzeuges der Indian Airlines Corporation am 30. Januar durch zwei Kashmiris nach Lahore. Die pakistanische Regierung gewährte den Entführern politisches Asyl und verhinderte die Sprengung der entführten Maschine auf dem Flugplatz von Lahore nicht. Während West-Pakistans Zulfikar A. Bhutto sich auf die Seite der beiden Kashmiri stellte, forderte der Indien im Vergleich besser gesonnene Sheikh Mujibur in Dacca eine genaue Untersuchung der Vorgänge. In Indien stellte die Entführung, die in die Zeit des Wahlkampfes fiel, Zündstoff für das ohnehin gespannte Verhältnis zu Pakistan dar. New Delhi forderte die Übergabe der Entführer und Entschädigung für das zerstörte Flugzeug. Als man dieser Forderung nicht nachkam, antwortete Indien mit dem Überflugverbot seines Landes für pakistanische Militär- und Zivilflugzeuge. Diese wurden dadurch zu einem Umweg von etwa 3000 Kilometer über Ceylon gezwungen. Gleichzeitig sagten die Inder ihre Flüge über pakistanisches Gebiet nach Kabul und Assam ab.

Bereits Anfang Januar war das Verhältnis zwischen Indien und Pakistan schon einmal belastet worden, als die Regierung in Delhi die Plebiszitfront, die wichtigste Oppositionspartei im indischen Teil Kashmirs, verbot und mehrere hundert Mitglieder der Partei verhaftete sowie dem führenden Oppositionspolitiker Sheikh Abdullah für drei Monate die Rückkehr nach Kashmir untersagte. Als Begründung wurde pro-pakistanische Aktivität angegeben. Es wurde vermutet, daß die für einen Volks-

entscheid in der Kashmirfrage eintretende Partei die anstehenden Wahlen gewinnen und damit den indischen Standpunkt in Kashmir gefährden würde.

In **Indien**, das nach neuesten Berechnungen die Bevölkerungszahl von 555 Millionen überschritten haben soll, löste Präsident Giri am 27. Dezember das Parlament auf und ordnete 14 Monate vor Ablauf der fünfjährigen Amtsperiode Neuwahlen an, die Anfang März stattfanden. Gewählt wurden neben den Vertretern des Zentralparlaments die Mitglieder der Länderparlamente in Tamilnad, Orissa und West-Bengalen. Im Zentralparlament erreichte die Kongreßpartei Indira Gandhis die Zweidrittelmehrheit. (Siehe den ausführlichen Bericht von E. Kulke in diesem Heft.)

Die Wirtschaft Indiens ist im Jahre 1970 nur schwer vorangekommen. Aufgrund des Bevölkerungswachstums (ca. 12–14 Millionen je Jahr) wurde trotz gewisser Erfolge nur der Stand von 1964/65 wiedererreicht. Dabei hat sich die Kluft zwischen Reichen und Armen in der Industrie und in der Landwirtschaft weiter verstärkt. In der Landwirtschaft konnten die Weizenerträge bei günstigem Monsun insbesondere wegen verbesserter Saaten und Anbaumethoden gesteigert werden.

Trotz steigender Nachfrage der Landwirtschaft aufgrund guter Ernten war die Industrieproduktion ungenügend, obwohl die Kapazitäten nicht ausgelastet wurden. Der Grund hierfür wird in der wachsenden Zahl von Streiks und Arbeitsunruhen einerseits und dem fehlenden Anreiz für Privatinitiative andererseits gesehen. So kam es im Dezember beispielsweise in der Jute-Industrie West-Bengalens zu einem Streik von über 230.000 Beschäftigten. Aus Mangel an Stahl mußten trotz beachtlicher Exportaufträge zwei Waggonfabriken schließen, was in Calcutta etwa 5000 weitere Arbeitslose bedeutete.

Unterstützt vom UN-Entwicklungsprogramm sollen Experten in Tamilnad auf Eisenerzvorkommen getoßen sein, die nach flüchtigen Schätzungen mindestens 400 Millionen Tonnen betragen.

Der sowjetische Außenhandelsminister unterzeichnete Ende Dezember in Neu-Delhi einen neuen Handelsvertrag für die nächsten fünf Jahre. Demzufolge sollen die indischen Exporte nach der Sowjetunion bis 1975 um 75% auf 3,35 Mrd. Rupien steigen. Damit wird Osteuropa, das bereits jetzt nach den ECAFE-Ländern und vor den EWG- und EFTA-Ländern sowie den USA im Export Indiens an zweiter Stelle rangiert, seine Position weiter verbessern. Die UdSSR werden nach dem Vertrag neben Industriegütern auch wichtige Rohstoffe an Indien liefern. Die russischen Walzstahllieferungen wurden für 1971 von 40.000 auf 72.000 t erhöht. Ein weiterer Vorteil für Indien im Vergleich zum Handel mit dem Westen liegt darin, daß es sich hier um bilaterale Handelsverträge auf Rupienbasis handelt. Defizite entstehen kaum, da in der UdSSR auch indische Waren abgesetzt werden können, die im Westen keinen Käufer finden. Eine stärkere Ausrichtung der indischen Exportwirtschaft auf Osteuropa würde allerdings die Gefahr mit sich bringen, möglicherweise im Westen nicht mehr konkurrenzfähig zu sein, und damit zu neuen Abhängigkeiten führen.

Am 20. November wurde in Delhi ein Regierungsabkommen mit der Bundesrepublik über eine Finanzhilfe für das Haushaltsjahr 1970/71 (bis 31. 3. 1971) in Höhe von 250 Millionen DM abgeschlossen. Zu erwähnen ist ferner, daß das oberste indische Gericht das Dekret des Präsidenten Indiens zur Abschaffung des Fürstenstandes für

verfassungswidrig erklärt hat und die Fürsten einstweilen wieder in ihre Rechte eingesetzt wurden.

Schließlich hat **Bhutan** durch die indische UNO-Delegation ein Gesuch um Aufnahme in die Weltorganisation eingereicht.

Sozialistische Staaten, unter ihnen die UdSSR, die DDR, Jugoslawien sowie die Volksrepublik China und Nord-Korea wollen **Ceylon** helfen, seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden. Die UdSSR beabsichtigt, mehr Tee zu kaufen als bisher sowie einige Industrieprodukte. Zur Überwindung der Devisenschwierigkeiten hat die Sowjetunion einen 50-Millionen-Rupien-Kredit mit 10jähriger Rückzahlzeit bei 3% Verzinsung angeboten. Die DDR hat zugestimmt, gewährte Kredite auch für Kunstdünger zu verwenden, und will Hafenkranen und Baumaschinen liefern. Ferner hat sie die Rückzahlungsbedingungen von Krediten erleichtert.

Dagegen zögert die Weltbank, weitere Kredite zu geben, da Ceylon trotz Antrags des Internationalen Währungsfonds die Rupie nicht abgewertet hat. Ceylon hat in diesem Jahr allein Rückzahlungsverpflichtungen für Kredite und Zinsen in Höhe von 800 Millionen Rupien. Bewilligte Kredite der Weltbank und der IDA zu Flußumleitungen sollen aus politischen Gründen nicht in Anspruch genommen werden. Aus Gründen der Devisensparnis und der Frachtratensicherung im Export hat Ceylon eine eigene Schifffahrtlinie gegründet.

Südostasien

Um den Gegenspieler des Regierungschefs von **Birma**, U Nu, ist es nach seinem aufsehenerregenden Untertauchen und seiner vermutlichen Rückkehr nach Birma zunächst wieder ruhig geworden. Es wurde lediglich von an die Birmanen gerichteten Radiosendungen U Nu's berichtet, deren erste, am 22. November, von Studentenunruhen begleitet war.

General Ne Win war Anfang Januar von einem einmonatigen Aufenthalt in London zurückgekehrt, der der ärztlichen Behandlung diente. Auf wirtschaftlichem Gebiet macht man in Birma einen neuen Versuch, die Verteilungsschwierigkeiten auf dem Wege über Genossenschaften zu überwinden. Entsprechende Pläne und Programme sind angelaufen. Auf dem Agrarsektor hat Birma Schwierigkeiten, seinen Reis abzusetzen. Ein begehrter Auftrag von Mauritius über 46 000 t Reis kam nicht zustande.

In **Thailand** nimmt man es mehr und mehr ernst, daß die Amerikaner sich aus Asien zurückziehen könnten. Dies scheint die Regierung in Bangkok zu veranlassen, ihre bisherige antikommunistische und amerikafreundliche Außenpolitik einer Neuorientierung zu unterziehen. Man versucht, sich aus allen militärischen Engagements in Asien zu lösen und politische Fühler nach allen Seiten auszustrecken. So wurden, wenn auch hier andere Gründe mitspielten, beispielsweise keine Truppen nach Kambodscha entsandt. Nach Ankündigung von Premier Thanom Kittikachorn soll mindestens die Hälfte der 12.000 in Südvietnam kämpfenden Soldaten bis Juni dieses Jahres und der Rest 1972 nach Thailand zurückkehren. Die Truppen aus Süd-Korea plant man, bis Juli 1973 zurückzuziehen.

Nach vorsichtigen Kontakten mit Hanoi ist man nun auch geneigt, die Volksrepublik China in einem etwas anderen Lichte zu sehen. So wurde beispielsweise der Nutzen von diplomatischen und Handelsbeziehungen zu Peking in Erwägung gezogen. Ein

legalisierter Handel hätte zumindest den Vorteil, daß weniger Waren inoffiziell aus der Volksrepublik eingeführt würden, die insbesondere bei den etwa 3 Millionen Chinesen in Thailand sehr beliebt sind. Im letzten Jahr soll der thailändische Zoll Konsumgüter aus China im Werte von etwa 4,4 Millionen US- $\text{\$}$ konfisziert haben. Obwohl von einem offiziellen Handel mit der Volksrepublik keine großen wirtschaftlichen Erfolge zu erwarten sind, hat man andererseits nichts zu verlieren, und der Handel könnte ein Vorläufer von politischen Beziehungen sein.

Ende Dezember wurde ein neues Handelsabkommen mit der UdSSR abgeschlossen, das für beide Partner neben der wirtschaftlichen auch politische Bedeutung haben dürfte. Auch fördert Thailand die regionale Zusammenarbeit in Südostasien, wobei es im Unterschied zu Malaysia und Indonesien gegen größere regionale Zusammenschlüsse ist, die z. B. Indien und Japan mit einbeziehen. Man fürchtet anscheinend, in einer größeren Gemeinschaft weniger Gewicht zu haben oder gar von Japan bevormundet zu werden.

Im weiteren Zusammenhang ist hier allerdings zu erwähnen, daß man in Thailand etwas besorgt ist über eine Straße (Muong Sai-Beng Pak Road), die von den Chinesen im Nordwesten von Laos in Richtung auf das unruhige Grenzgebiet im Nordosten Thailands gebaut wird. Bangkok hat inzwischen das SEATO-Hauptquartier warnend informiert und von einer Bedrohung der eigenen Sicherheit gesprochen, sollte die Straße bis an die Grenze Thailands geführt werden.

Im Dezember gab es im thailändisch-birmanisch-laotischen Grenzgebiet für einige Tage blutige Auseinandersetzungen zwischen Meo-Stammesleuten und Chinesen — Reste der 93. Kuomintang-Division —, die mit Zustimmung der thailändischen Behörden ihre Wohnsitze in das von den Meo beanspruchte Gebiet verlegen wollten.

Innenpolitisch hat die Diskussion um die mögliche Nachfolge von Premier Thanom Kittikachorn eingesetzt, dessen Rücktritt Ende 1971 oder im Jahre 1972 als sicher gilt. In wirtschaftlicher Hinsicht ist man über den Entschluß der USA enttäuscht, Überschuß-Reis zu einem Preis, der unter dem Weltmarktpreis liegt, an Süd-Korea und Indonesien zu verkaufen — beides traditionelle Märkte für thailändischen Reis. Schließlich sei erwähnt, daß ein neues Projekt für einen Kanal am Isthmus von Kra dem thailändischen König vorgelegt worden ist.

Während des ersten Besuches von Premier Tun Razak in Bangkok vom 14. bis 16. Dezember waren die Unruhen im Grenzgebiet zwischen **Thailand** und **Malaysia** ein wichtiges Gesprächsthema. In den südlichen Grenzprovinzen Thailands besteht die Bevölkerung zu etwa 80% aus Malaien. Obwohl dort ansässige Malaien den Anschluß an das islamische Malaysia anstreben, gilt die Bewegung als Mischung aus Terroristen, Separatisten und Kommunisten. Das macht Gegenmaßnahmen schwierig. Tun Razak, der sehr auf ein freundschaftliches Verhältnis zum Nachbarstaat bedacht ist, betonte, er habe nicht die Absicht, sich in die inneren Angelegenheiten Thailands einzumischen, und forderte sogar die Errichtung eines gemeinsamen Komitees, um die schlecht definierte Grenze zwischen beiden Staaten genauer festzulegen. Die Thais wollen diesen Vorschlag prüfen.

In **Malaysia** wurde kurz vor dem 22. Februar, dem lange angekündigten Tag der Wiedereinführung der Demokratie, eine Verfassungsergänzung veröffentlicht, die in der Öffentlichkeit ebenso wie im Parlament das Infragestellen von vier Punkten verbietet: Staatsbürgerschaft, Nationalsprache, besondere Stellung der Malaien und

die Position der Herrscher. Sollte diese Verfassungsergänzung nicht die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit im Parlament erhalten, so wird der „National Operations Council“ die Macht übernehmen. Die Regierung begründet die Verfassungsergänzung mit den Rassenunruhen vom 13. Mai 1969. In der ersten Märzwoche genehmigte das Parlament die Verfassungsänderung mit 125 gegen 17 Stimmen. Nur der unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagende „National Unity Council“ wird frei von allen Restriktionen diskutieren können.

Der Generalsekretär der „Democratic Action Party“ forderte im November, Malaysia solle mit Peking freundschaftliche Beziehungen anstreben. Auf das Interesse Malaysias an direkten Gesprächen mit Peking über die vorgeschlagene Neutralisierung Südostasiens soll von seiten der Volksrepublik China reagiert worden sein. In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß Peking Malaysia ganz unerwartet Hilfe im Werte von 200.000 US-\$ für die Geschädigten der Flut in Kuala Lumpur vom 5. und 6. Januar dieses Jahres angeboten hat.

Nach seiner Rückkehr von einem Besuch in Sarawak, wo er die Bevölkerung vor Unterstützung der etwa 500 kommunistischen Guerillas gewarnt hatte, sagte Premier Tun Razak, daß diese Kommunisten hauptsächlich von der chinesischen Bevölkerung Sarawaks Hilfe erhielten. In Sabah hat ein katholischer Parlamentsabgeordneter — Peter Mojuntin — nach seiner Rückkehr aus Manila, wohin er anläßlich des Papstbesuches gereist war, die Öffentlichkeit über seine Ansicht, der Chefminister Sabahs wolle das Land zu einem Moslemstaat machen und behindere die Christen, unterrichtet. Nach der ersten Publicity-Welle hat Mojuntin jetzt eine neue Partei — Union of Sabah People's Party — nach dem Muster der westmalaysischen Gerakan-Partei gegründet. Das politische Kräftespiel in Sabah geriet in Bewegung.

Am 30. November lief nach zweijähriger Vorankündigung der Vertrag zwischen dem **Sultanat Brunei** und Großbritannien ab, nach dem England für Brunei die Verteidigung und die auswärtigen Angelegenheiten wahrnahm. Die Konservativen in London erklärten sich jedoch inzwischen bereit — im Gegensatz zur Absicht der letzten Labour-Regierung —, einen neuen Pakt abzuschließen und einstweilen in Anlehnung an den bereits 1959 geschlossenen Vertrag zu verfahren. Wäre diese Regelung nicht zustande gekommen, so hätte das Sultanat ohne weitreichende Vorbereitung im administrativen und Verteidigungsbereich die Unabhängigkeit erlangt. Das ölfreiche Land (etwa 150 000 bis 180 000 Einwohner) erwartet derzeit ungefähr 2000 Gastarbeiter, hauptsächlich aus Süd-Korea, zum Bau eines 120-Millionen-US-\$-Projektes für flüssiges Erdgas. Für viele andere Vertragspartner geht fast gleichzeitig ein Bau-Boom zu Ende, der bedingt war durch die Schaffung eines Seehafens in Muara, den Bau eines internationalen Flughafens und einer Ausdehnung des Straßennetzes.

Dr. Benjamin Sheares, ein 63jähriger Eurasier, ist zum neuen Präsidenten von **Singapore** gewählt worden. Im Dezember wurden Spekulationen laut, nach denen Premier Lee Kuan Yew beabsichtige, Nachfolger des Birmanen U Thant als Generalsekretär der Vereinten Nationen zu werden. Seine Reisen im letzten Jahr wurden als „Wahlreisen“ gedeutet, und auch in der in Singapore stattfindenden Commonwealth-Konferenz sah man diesbezüglich eine gute Plattform.

In Singapores Wirtschaft, die weiterhin Erfolge aufzuweisen hat, wird die staatliche Aktivität beklagt. Der Inselstaat versucht, zur Streuung der einfließenden Investitionen auch in Europa das Anlageinteresse für die Hafenstadt zu wecken. Aufgrund

eines Darlehens der Asian Development Bank in Höhe von 20,5 Millionen US-\$ soll der internationale Flughafen ausgebaut werden.

In **Indonesien** sind Mitte Dezember von Präsident Suharto 55 Generäle der Armee entlassen worden. Dies wird als ein weiterer Schritt im Bereich personeller und organisatorischer Veränderungen gesehen, der dazu dienen soll, die Armee zu verjüngen und gleichzeitig effizienter zu machen sowie ihre Stellung als sozio-politische Kraft in Staat und Gesellschaft zu festigen.

Nur wenige Monate vor den am 5. Juli beginnenden allgemeinen Wahlen und nach einer mehrjährigen Abkühlung der innenpolitischen Situation sind Anzeichen für eine Belebung eines linken Nationalismus und einer Wiederauferstehung von Sukarnos politischen Ideen gegeben. Die Gefahr eines Durchbruchs eines radikalen Nationalismus ist trotz seiner tiefen Verwurzelung seit den Tagen des Unabhängigkeitskampfes jedoch nicht zu erwarten.

In Djakarta deutete sich ein Gesinnungswandel bezüglich der Verteidigungsüberlegungen des Landes an. Während insbesondere Außenminister Adam Malik bisher zu denen gehörte, die militärische Verpflichtungen nach außen strikt ablehnten und die ASEAN (Association of Southeast Asian Nations) lediglich als Plattform für wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit ansah, sind seine Äußerungen von Ende Januar, es bestünden Möglichkeiten für gemeinsame Sicherheitsabsprachen zwischen den ASEAN-Ländern, von besonderem Gewicht. Es wird vermutet, daß die militärische Lage in Kambodscha und Laos sowie ein mögliches Übergreifen des Krieges auf Thailand hinter diesen Andeutungen stehen.

Das neue Budget Indonesiens für 1971/72, das als ein Symbol für Stabilität angesehen wird, sieht u. a. eine Anhebung der Bezüge von Beamten und militärischem Personal um ein Drittel vor. Für die Finanzierung des Entwicklungs-Budgets ist weiterhin ausländische Hilfe von entscheidender Bedeutung. Die Mitte Dezember in Rotterdam abgehaltene Sitzung der Geberländer der Entwicklungshilfe für Indonesien war für Djakarta ein Erfolg. Die Geberländer akzeptierten den von Indonesien für 1971/72 benötigten Betrag von 640 Millionen US-\$, und sechs Geberländer versprachen bereits eine Summe von zusammen 187 Millionen US-\$. Nachdem im August über die Rückzahlung der 750 Millionen US-\$ Kredite an die UdSSR verhandelt worden war, scheint sich jetzt mit der Wiederaufnahme der sowjetischen Entwicklungshilfe-Projekte die über 5 Jahre unterbrochene wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Moskau und Djakarta wieder einzuspielen.

Auf den **Philippinen** verlief die Wahl zur verfassunggebenden Versammlung im November, während der 320 Kandidaten gewählt wurden, entgegen den Erwartungen sachlich und verantwortungsvoll. Die Befürchtung, Präsident Marcos würde die Wahlen zu seinem Vorteil manipulieren, erwies sich offenbar als unbegründet (vgl. FEER vom 21. November 1970, S. 12). Der Rücktritt des Vizepräsidenten Fernando Lopez in der ersten Januarhälfte machte abermals die politische Unrast auf den Philippinen deutlich. Dem Rücktritt waren ein Streik der „Jeepneys“, der Fahrer der buntbemalten personenbefördernden Jeeps, wegen einer Erhöhung der Benzinpreise sowie blutige Demonstrationen und Ausschreitungen vorangegangen. Präsident Marcos warf Lopez vor, er vertrete als Vizepräsident die wirtschaftlichen Interessen seiner Familie, die neben Elektrizitätswerken über eine große Zeitung in Manila, Radio- und Fernsehstationen sowie Land- und Plantagenbesitz verfüge und auch für die Ölpreiserhöhung verantwortlich sei, der allerdings eine von Marcos genehmigte

Zollerhöhung vorausgegangen war. Ein versuchter zweiter Streik der „Jeepneys“ Anfang Februar, der von Studenten unterstützt wurde, endete mit einer Verbarrikadierung der Studenten in der Universität. Auf außenpolitischem Gebiet wird in diesem Jahr die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der UdSSR erwartet.

Am Morgen des 8. Februar marschierten südvietnamesische Truppen in Süd-**Laos** ein. Die Unterstützung der Amerikaner bei dieser Aktion erfolgte lediglich durch die Luftwaffe. Am 6. März wurde die strategisch wichtige Stadt Sepone eingenommen. Inzwischen sind die südvietnamesischen Truppen in Schwierigkeiten geraten. Sepone mußte geräumt werden, und die Truppen mußten sich, vom Gegner verfolgt, nach Süd-Vietnam zurückziehen.

Die Regierung von **Kambodscha** beschwerte sich in Saigon über das schlechte Verhalten der in Kambodscha operierenden südvietnamesischen Truppen und erhöhte damit die Spannungen zwischen beiden Ländern. Der Herzanfall von Premier Lon Nol vom 8. Februar und sein anschließender Abflug nach Hawaii zwecks ärztlicher Behandlung haben in Phnom Penh keine Unruhe ausgelöst. Der stellvertretende Premier Sirik Matak übernahm inzwischen die Aufgaben des Premiers und des Verteidigungsministers. Die am 25. Dezember von der Regierung verfügte Pressezensur hat insbesondere unter den Intellektuellen und den Studenten Mißbilligung hervorgerufen. Die Zeitung „Nokor Thom“ und die Blätter „Khmer Ekkareach“ und „Sathearanarak“ wurden verboten oder durften einstweilen nicht erscheinen, weil sie sich gegen die Zensur gewandt hatten.

Der hilfsbedürftigen Wirtschaft des Landes wurden inzwischen 155 Millionen US-\$ für militärische und wirtschaftliche Unterstützung vom Kongreß in Washington bewilligt. Weitere Hoffnungen richten sich auf eine Unterstützung durch Japan.

Nach Angaben der „North Vietnam News Agency“ wird am 11. April die Wahl der 420 Delegierten zur Nationalversammlung stattfinden. Die Ausladung eines indischen Diplomaten durch **Nord-Vietnam**, dessen Reise vorher genehmigt worden war, hat Verwunderung ausgelöst, zumal New Delhi Madame Binh eine mehrwöchige Propagandareise durch Indien ermöglicht hatte. Die Ausladung des Diplomaten wurde damit begründet, daß man keine Spekulationen über eine mögliche Verhandlungsbereitschaft Hanois anregen wollte. Im Dezember wurden Vermutungen laut, die Volksrepublik China werde Nord-Vietnam verstärkt unterstützen.

Während eines 2 $\frac{1}{2}$ tägigen überraschenden Besuches in Hanoi erklärte der chinesische Ministerpräsident Chou En-lai, sein Land werde Nord-Vietnam bis zum „totalen Sieg“ unterstützen. Wenn daraus auch nicht die Absicht einer Intervention Chinas abgeleitet werden kann, so stellen die Äußerungen Chou En-lais doch zumindest eine Stärkung der Position Hanois nach der Ausdehnung des Krieges auf Laos dar. (Vgl. das Abschlußkommuniqué und zwei Reden Chou's in: Hsinhua, 11. 3. 71, S. 5 ff., 14 ff. u. 25 ff.)

Neun Monate vor den im Herbst in **Süd-Vietnam** stattfindenden Präsidentenwahlen wurde das Wahlgesetz vom regierungstreuen Unterhaus abgeändert. In der neuen Form muß ein Kandidat entweder die Unterstützung von 40 Parlamentsmitgliedern oder Senatoren oder von 100 Mitgliedern der kürzlich gewählten Provinzräte haben, um als Kandidat aufgestellt zu werden. Das begrenzt nicht nur die Kandidatenliste, sondern läßt sogar die Wiederwahl des amtierenden Präsidenten Thieu wahrscheinlich sein. Im Zusammenhang mit der Präsidentenwahl wird Premier Tran Thien Khiem vorgeworfen, er wolle der Presse neue Restriktionen auferlegen.

Ostasien

Beim ersten Kongreß der „North Korean Labour Party“ seit neun Jahren wurde erwartungsgemäß Premier Kim Il-Sung wieder Generalsekretär. Der siebenjährige Wirtschaftsplan **Nord-Koreas**, der ursprünglich 1967 enden sollte, konnte erst im letzten Jahr abgeschlossen werden, was u. a. auf hohe Verteidigungsausgaben zurückgeführt wird. Der neue 6-Jahres-Plan soll ein industrielles Wachstum von 200% bringen. Wichtige Ziele sind Erhöhung der Mechanisierung, technische Revolution in den Fabriken und eine Ausdehnung der Leichtindustrie zur Produktion von einfachen Konsumgütern. In der Landwirtschaft soll die Fläche mit zwei Ernten pro Jahr durch bessere Bewässerung, erhöhte Verwendung von Kunstdünger und Landgewinnung vergrößert werden.

In **Süd-Korea** trifft Präsident Park Chung-hee Vorbereitungen für die Wahlen im Mai. Außer dem Präsidenten werden die Mitglieder der Nationalversammlung gewählt. Bereits im Dezember hatten der Ministerpräsident und 19 Kabinettsmitglieder ihren Rücktritt erklärt, um Präsident Park angesichts der Wahlen die Bildung eines neuen Kabinetts zu ermöglichen. Bei der Entscheidung über die Kandidaten von Präsident Parks „Democratic Republican Party“ gab es einige Überraschungen. Fast 40 Mitglieder der gegenwärtigen Nationalversammlung wurden fallengelassen. Nach der Verfassungsänderung vom letzten Jahr scheint Park fest entschlossen, zum dritten Male das vierjährige Präsidentenamt übernehmen zu wollen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet sind Bemühungen zu verzeichnen, ausländische Investitionen im Lande zu fördern und den Umfang der aufzunehmenden Kredite so gering wie möglich zu halten. Den Hintergrund für diese Politik bilden wachsende Rückzahlungsverpflichtungen. Dabei bestehen gleichzeitig Bemühungen, die Auslandsinvestitionen mehr zu streuen. Bisher kamen 80% der einfließenden Investitionen allein aus den USA und Japan. Abschreckend für ausländische Investoren wirken jedoch die Inflation und der 24%ige Zinssatz für Kredite von einheimischen Banken. Seitens der „Democratic Republican Party“ werden Überlegungen angestellt, ob man nicht zum eigenen Vorteil mit den freundlich gesonnenen kommunistischen Ländern wie Jugoslawien, Rumänien, Polen und der Tschechoslowakei Handelsbeziehungen aufnehmen sollte.

Während die Regierung Park Pläne für den Rückzug der 50 000 Südkoreaner aus Süd-Vietnam überdenkt, kam es zu einer Einigung mit den USA über den Rückzug von 20 000 Mann US-Truppen und ein Programm zur Modernisierung der Armee in Süd-Korea. Für das erste Jahr dieses Programms bewilligte der Kongreß in Washington bereits 150 Millionen US-\$.

Die Zunahme der Stimmen in den UN für eine Aufnahme der Volksrepublik China in die Weltorganisation hat in **Taiwan** weitere Besorgnis erregt. Die nach zweijähriger Vorbereitung im Dezember abgehaltene „First Sino-American Conference on Mainland China“ sollte die Zusammenarbeit amerikanischer und chinesischer Wissenschaftler fördern.

Nachdem die **Volksrepublik China** bei der Abstimmung über ihre Aufnahme in die Vereinten Nationen im November einen weiteren Fortschritt erzielt hatte, scheint die China-Frage in den USA etwas in Bewegung geraten zu sein. Anfang Dezember erklärte Präsident Nixon, daß die USA irgendwann möglicherweise diplomatische Beziehungen mit Peking haben würden, daß sie aber in Fragen der UN-Repräsen-

tation an ihrer gegenwärtigen Politik festhielten. Allerdings werde man weiter versuchen, Kontaktkanäle zu öffnen und Reise- sowie Handelserleichterungen zu schaffen. Etwa Anfang Februar brachte der republikanische Senator Javits, unterstützt von 9 Kollegen eine Resolution im Senat ein, nach der Peking Mitglied der UN werden sollte und über Taiwans Stellung durch ein international überwachtes Plebiszit bestimmt würde. Der zum Kampf um die Aufstellung als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen angetretene Senator McGovern ging noch weiter und soll sich am 24. Januar in Kalifornien für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Washington und Peking ausgesprochen haben.

Nach Äußerungen von UN-Generalsekretär U Thant soll das UN-Sekretariat nicht überrascht werden von einer möglichen Entwicklung. So wurden erste vage Vorbereitungen getroffen, jedem denkbaren Ereignis zu begegnen. Inzwischen haben Äthiopien (1. Dezember), Chile (5. Januar) und Nigeria (10. Februar) die Volksrepublik China diplomatisch anerkannt, und Anfang März hat der österreichische Nationalrat den Außenminister bevollmächtigt, die schwierigen Verhandlungen zur völkerrechtlichen und diplomatischen Anerkennung zu führen.

Die Reaktion Pekings auf die Commonwealth-Konferenz in Singapore kam spät. Sie enthielt zwar eine Verurteilung der englischen Waffenlieferungen an Süd-Afrika, ging aber nicht auf das Problem der „Sicherheit“ im Indischen Ozean ein, ein Punkt, der bei Pekings Beziehungen zu einigen afrikanischen Staaten aus eigener Sicht von einigem Interesse sein dürfte. Die von den Amerikanern unterstützte südvietnamesische Invasion von Laos stieß auf scharfe Kritik aus Peking. Trotz eines überraschenden Besuches von Chou En-lai in Hanoi (vgl. unter Nord-Vietnam) sind jedoch keine Anzeichen für ein direktes Eingreifen der Volksrepublik China in die Auseinandersetzungen gegeben. Im Dezember wurde ein Protokoll über den Schiffsverkehr auf den Grenzflüssen zwischen Nordostchina und der Sowjetunion und auf dem Chankasee unterzeichnet.

Nach Angaben des amerikanischen Verteidigungsministeriums hat die Volksrepublik China ihren zweiten Satelliten am 3. März in eine Umlaufbahn um die Erde geschossen. Der Start des Satelliten wurde von Peking erst am 16. März bestätigt.

Auf innenpolitischem Gebiet ist die Wiedereinsetzung provinzieller Parteiausschüsse hervorzuheben, die in Maos Heimatprovinz Hunan begann. Bis zum 50. Jahrestag der Gründung der KPCh am 1. Juli 1971 sollen alle Provinzen und autonomen Gebiete wieder einen eigenen Parteiausschuß erhalten. In der personellen Zusammensetzung der Provinzausschüsse kann man eine Bestätigung des Ergebnisses der Kulturrevolution erblicken: Den Roten Garden ist es nur in Ausnahmefällen gelungen, in entscheidende Positionen hineinzuwachsen (so in Shanghai), wohingegen die Streitkräfte bei der Besetzung der Führungspositionen auch der Provinzausschüsse eine beherrschende Rolle spielen. Es wäre aber verfehlt anzunehmen, daß sich die VR China auf dem Wege zur Militärdiktatur befinde. Abgesehen von der Tatsache, daß schon immer in China Militär und Politik enge Bündnisse eingegangen sind, sollte man in der neuen Entwicklung wohl eher die Vereinfachung der Verwaltungsstruktur erblicken. Das Ineinander der rein administrativen, militärischen und parteilichen Hierarchien von der Staatsspitze bis zu den Volkskommunen hinunter erscheint nötig, wenn angesichts der weiterhin betonten Dezentralisierung – die unter anderem auch mit der Vorbereitung auf den Kriegsfall begründet

wird — die Gefahr vermindert werden soll, daß erneut regionale Machtzentren entstehen.

Verschiedene Artikel in der chinesischen Presse, in denen die weiterhin vorhandenen Spuren der verderblichen „kapitalistischen“ Auffassungen Liu Shao-ch'i's beklagt werden, lassen den Schluß zu, daß die Kulturrevolution den neuen Menschen noch nicht geschaffen hat, der sein Eigeninteresse unter das allgemeine Wohl stellt.

Auf ökonomischem Gebiet ist anzumerken, daß im Januar 1971 der vierte Fünfjahresplan anlieft. Wie zu erwarten war, wurden weder die Ergebnisse des dritten Planes noch die Planzahlen des neuen Planes bekanntgegeben. Während das bereits im „Großen Sprung nach vorn“ benutzte Schlagwort vom „schnelleren, besseren und wirtschaftlicheren Aufbau des Sozialismus“ wieder zu Ehren kommt, lassen andere Äußerungen den Schluß zu, daß man die Möglichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung realistischer einschätzt als in der Vergangenheit. Ungefähre Hinweise auf die gegenwärtigen Schwerpunkte der chinesischen Wirtschaftspolitik lassen sich aus Beobachtungen auf der letzten Cantoner Herbstmesse gewinnen. So fiel das geringe Angebot traditioneller Erze wie Antimon, Wolfram oder Zinn auf, was sicherlich einen Schluß auf den erhöhten Eigenbedarf der chinesischen Industrie zuläßt. Auch die Abnahme des Interesses seitens der chinesischen Käufer für gewisse Importprodukte insbesondere der chemischen Industrie und bei wissenschaftlichen Instrumenten weist auf die inzwischen erfolgte eigene Entwicklung diverser Industriezweige hin. Aufgefallen ist das starke chinesische Interesse an Eisenbahnbaustoffen und Schiffsausrüstungen, was darauf hindeutet, daß die VR China dabei ist, im Rahmen der weiteren Entwicklung wieder ein besonderes Gewicht auf den Ausbau der Verkehrswege zu legen. Insbesondere der Eisenbahnbau, der jahrelang nur langsam voranschritt, soll offensichtlich nunmehr wieder besonders gefördert werden.

Bei der Einstellung in **Japan** gegenüber der VR China haben sich kleinere Änderungen abgezeichnet. Anfang Dezember erklärte Außenminister Aichi, Japan werde im nächsten Jahr in den UN die Erhebung der Aufnahme Pekings zur „wichtigen Frage“, die eine $\frac{2}{3}$ -Mehrheit erfordert, nicht mehr unterstützen. Am 9. Dezember formierte sich im japanischen Parlament eine überparteiliche Vereinigung als „China-Liga der Parlamentarier“ mit dem Ziel, das Verhältnis zwischen Tokio und Peking zu normalisieren. 167 Mitglieder — d. h. über 20% der gesamten Abgeordneten beider Kammern — nahmen an der Sitzung teil. Die Vereinigung selbst behauptet, 379 Abgeordnete hinter sich zu wissen. Das entspräche 51% der Mitglieder beider Häuser. Der Präsident dieser Liga ist der frühere Außenminister Fujiyama. Am 26. Januar bezeichnete Ministerpräsident Sato den sogenannten „Yoshida-Brief“, ein Schreiben des damaligen Ministerpräsidenten an Chiang Kai-shek, in dem versprochen wurde, Japan werde Peking keine „weichen“ Kredite der Export-Import-Bank zur Verfügung stellen, als ein die Regierung nicht bindendes Privatdokument.

In der zweiten Februarwoche reiste dann neben einer privaten Handelsdelegation unter Leitung von K. Okazaki eine Studiengruppe, angeführt von Aiichiro Fujiyama, der einen Monat zuvor eine Einladung aus Peking erhalten hatte, in die Volksrepublik, um Gespräche über den bilateralen „Memorandum“-Handel und allgemeine Beziehungen zwischen Japan und China zu führen. Wie in den Vorjahren endeten auch diesmal die Handelsverhandlungen mit einem Kommuniké, das von

der Handelsdelegation, nicht aber von Fujiyama, unterschrieben wurde. Das Kommuniqué (vgl. Hsinhua, 2. 3. 71, S. 4 f.) weist u. a. darauf hin, daß Japan kein Recht habe, allein oder in Verbindung mit chinafeindlichen Drittstaaten auf dem China vorgelagerten Festlandsockel nach Öl zu suchen und daß der Friedensvertrag zwischen Tokio und Taipei null und nichtig sei und seine Abschaffung die erste Voraussetzung für eine neue Chinapolitik darstelle. Fujiyama, der auch mit Chou En-Lai zusammengetroffen war, deutete an, daß nach seinem Eindruck eine Aufkündigung des Vertrages mit Taipei zumindest für eine japanisch-chinesische Annäherung keine Voraussetzung sei.

Durch einen Verkehrsunfall und einige Mißdeutungen war es in der zweiten Dezemberhälfte auf Okinawa zu Ausschreitungen der Bevölkerung gegen die Amerikaner gekommen. Die entstandenen Spannungen wurden durch die Entscheidung des amerikanisch-japanischen beratenden Ausschusses für Sicherheitsfragen vom 21. Dezember kompensiert, nach dem in Phasen bis Ende 1971 12 000 Mann amerikanische Truppen aus Japan abgezogen werden sollen, so daß dann nur noch 28 000 Soldaten zurückbleiben. Im November fanden auf den Ryukyu-Inseln die ersten Wahlen seit der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg statt, bei denen 43,56% für die Liberal-Demokratische Partei von Premier Sato stimmten.

Nachdem schon im Herbst vorigen Jahres die Bestrebungen zum Schutz der amerikanischen Textilindustrie die japanischen Exporteure und Produzenten zu Protesten veranlaßten, hat jetzt Anfang März die amerikanische Zolltarifkommission festgestellt, daß die zu Dumpingpreisen in Amerika abgesetzten japanischen Schwarzweiß- und Farbfernsehgeräte der einheimischen Industrie Schaden zugefügt hätten. Rückwirkend bis zum 28. August vorigen Jahres wird nun ein Anti-Dumping-Zoll zur Anwendung kommen.

Ende November erregte der am 25. 11. nach Samurai-Tradition begangene Harakiri-Freitod des japanischen Dichters Yukio Mishima über Japan hinaus Aufsehen. Für eine kurze Zeit wurde die Frage nach einer japanischen Identität, nach einer Wiederbelebung eines traditionell begründeten Militarismus aufgeworfen.

Auf dem Herbstkongreß der Sozialistischen Partei Japans wurde Tomomi Narita mit 207 Stimmen gegen 148 für Sabouro Eda in seinem Amt als Parteipräsident bestätigt.

Der Landwirtschaftsminister **Australiens** drängte Anfang Januar auf die Anerkennung der VR China mit dem Argument, China könne benötigten Weizen sonst verständlicherweise in Kanada kaufen. Anfang Februar hingegen äußerte der stellvertretende Premierminister, er würde wegen eines Handelsgeschäftes seine Außenpolitik nicht verkaufen.

Die Wahlen für den Senat, das australische Oberhaus, brachten einen unerwarteten Erfolg für die „Democratic Labour Party“, bisher nur eine Splitterpartei, die jetzt 5 Senatssitze in einem Haus von 60 Mitgliedern einnimmt. Die geplante Reorganisation des Außenministeriums deutet auf eine möglicherweise eigenständigere australische Außenpolitik mit einem verstärkten Gewicht für regionale Angelegenheiten hin.

In der zweiten Märzwoche kam die australische Innenpolitik überraschend in Bewegung. Am 8. März trat Verteidigungsminister Fraser zurück und warf einen Tag später Premierminister Gorton im Parlament Unfähigkeit vor. Kurz darauf wählten die Fraktionen der Liberalen Partei im Ober- und Unterhaus in einer geheimen Abstimmung

William McMahon (63) zum Parteivorsitzenden und damit designierten Premier. Der bisherige Regierungschef John Gorton hatte ein Vertrauensvotum nicht für sich entscheiden können. Am 10. März wurde McMahon bereits als neuer Premier vereidigt.

In der Wirtschaft weisen die meisten Indikatoren eine Hochkonjunktur aus. Dabei ist jedoch nicht zu übersehen, daß in der Landwirtschaft die Preise für Rohwolle sehr niedrig liegen und das Weizenamt (ohne die üblichen Aufträge aus der VR China) die erforderlichen Exporte für 1971 nicht erreichen kann. Als wichtigsten Punkt gilt es zu verhindern, daß die Preissteigerungen sich zu einer Inflation ausweiten.

Eine weitgehend repräsentative Gruppe von Organisationen und Handelsunternehmen in **Neuseeland** hat sich entschlossen, das Jahr 1971 zum Süd-Pazific-Jahr zu erklären. Man beabsichtigt, u. a. durch Konferenzen, Seminare und Studiengruppen das allgemeine Interesse auf eine Region zu lenken, die bisher zu sehr im Schatten der Ausrichtung auf Europa und nach dem Koreakrieg auch auf Asien gestanden hat. Der Besuch einer japanischen Finanzierungs- und Investitions-Mission hat das japanische Interesse am neuseeländischen Markt ebenso wie die Zurückhaltung der Regierung in Wellington gegenüber der japanischen Wirtschaft erkennen lassen.